

**Jugendministerkonferenz
am 22./ 23. Mai 2003
in Ludwigsburg**

TOP 9 b): Konzeption zur Entwicklung einer effektiven Kinderschutzsoftware

Beschluss:

1. Die Jugendministerkonferenz nimmt den Bericht der von der AGOLJB eingesetzten Arbeitsgruppe zur Kenntnis und bittet die Wirtschaft, die im Bericht festgelegten Eckpunkte bei der Weiterentwicklung von Filtersystemen für das Internet zu berücksichtigen.
2. Die Jugendministerkonferenz betont, dass die Filterung von Internetinhalten eine flankierende Maßnahme zur Stärkung des Jugendschutzes im Internet ist, die die Eltern bei ihrer Medienerziehung unterstützen, bei der Bildung von Medienkompetenz unterstützend wirken und zudem eine wichtige Säule im System der Selbstregulierung darstellen kann.
3. Die Jugendministerkonferenz hält es für erforderlich, dass bei der Weiterentwicklung von Filtersystemen folgende Kriterien berücksichtigt werden:
 - Altersdifferenzierung bei der Filterung, die ein abgestuftes System von Surf-räumen ermöglicht. Es sollte ein Empfehlungsraum für Vorschul- und Grundschul-kinder, ein Schutzraum für ältere Kinder und junge Jugendliche und ein Surf-raum für ältere Jugendliche bei der Klassifizierung von Internetangeboten zugrunde gelegt werden.
 - Altersdifferenzierte geschützte Zugänge, insbesondere geschützte Schutz- und Empfehlungs-räume für kleine Kinder, sollten von Anbietern von Internet-zugängen möglichst kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
 - Es sollte die Einrichtung eines unabhängigen, werbefreien Kinderportals auf der Basis einer Empfehlungsliste erfolgen, die kostenfrei zugänglich ist, de-

ren Adressen definierten Qualitätskriterien genügen, deren Zusammensetzung überprüfbar ist und von einer unabhängigen Redaktion kontinuierlich gepflegt wird.

- Zwischen staatlichen Stellen und der Wirtschaft sollte mit dem Ziel kooperiert werden, vorhandene Ressourcen zu nutzen.

4. Dieser Beschluss soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
5. Das federführende Land wird gebeten, weitere Gespräche mit der Initiative D 21 zu führen und auf der nächsten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden zu berichten.

16 : 0 : 0